

Die Beratungen im Abgeordnetenhanse.

Wie wir bereits gemeldet haben, hat Präsident Dr. Schöbester für den 23. Oktober 1916, 11 Uhr vormittags, eine Sitzung der Mitglieder des Präsidiums des Abgeordnetenhauses einberufen und für denselben Tag nachmittags 3 Uhr eine Sitzung von Vertretern der verschiedenen parlamentarischen Parteien des Abgeordnetenhauses, in der eine Aussprache über die vorliegenden politisch-parlamentarischen Angelegenheiten erfolgen wird. Die Einladungen zu dieser Vertretersitzung werden in den ersten Tagen der nächsten Woche ergehen.

Die czechischen Parteien.

Das Präsidium des Vollzugsausschusses der czechischen Parteien hielt, wie uns aus Prag telegraphiert wird, gestern dort eine Sitzung ab. Der ausgegebenen Berlaubarung zufolge erstatteten die Abgeordneten Udržal und Sedlák Bericht über die Situation, wobei das Präsidium darauf hinweist, daß erst jetzt aus den stenographischen Protokollen des ungarischen Abgeordnetenhauses erkannt werden könne, auf welche Weise dort die innerpolitische Lage und die czechische Nation kritisiert wurden. Mit Rücksicht darauf, hält es das Präsidium für seine Pflicht, dagegen entschieden zu protestieren, sowohl vom Standpunkte des Reiches als auch vom Standpunkte der Würde der czechischen Nation.

In Prag fand gestern, wie uns von dort telegraphiert wird, unter Vorsitz des Abg. Smeral eine gemeinsame Beratung des Vorstandes des Klubs czechischer Sozialdemokraten und des Vollzugsausschusses der czechisch-sozialdemokratischen Partei statt. Nach dem Referate des Abgeordneten Tuszar entwickelte sich eine ausführliche politische Debatte, in welcher besonders die Rückwirkung der Beratungen im ungarischen Abgeordnetenhause auf die innerösterreichischen Verhältnisse und die mit den ungarischen Wünschen parallel verlaufenden Aktionen verschiedener österreichischer Politiker besprochen wurden. Am Schlusse der Debatte wurde dann einstimmig folgender Antrag angenommen: „Der Vorstand des Klubs czechisch-sozialdemokratischer Abgeordneter sowie die Parteileitung haben gleich beim Beginn der jetzigen Weltkriege, unmittelbar vor der Kriegserklärung am 26. Juli 1914, eine Kundgebung verfaßt, in der die Einberufung des Reichsrates gefordert wurde. Die czechisch-sozialdemokratische Partei verharret selbstverständlich auf dieser prinzipiellen Forderung des Parlamentarismus. Diese Forderung setzt natürlich eine mittelich auf volle Rede- und Pressefreiheit gestützte persönliche Immunität sowie die Einschränkung auf exekutive und andere öffentliche Angelegenheiten voraus. Wir halten es auch für selbstverständlich, daß in einer Zeit, wo der Staat im Abwehrkampf gegen seine Feinde steht, auch jeder seine volle Lebensfreiheit haben muß und hierfür auch Garantien vereinbart werden müßten. Jede einzelne Aktion zu diesem Ziele kann auf unsere intensive Unterstützung rechnen. Diesen Eindruck aber haben bei uns die beiden Aktionen, welche in letzter Zeit sowohl in Ungarn als auch in Oesterreich eingeleitet wurden, nicht erweckt. Im Gegenteil, diese beiden Aktionen, welche manche Anzeichen des Zusammenhanges haben, sind in ihren Zielen viel zu unklar, als daß es der Partei möglich wäre, einen anderen Standpunkt als den der Vorsicht und Zurückhaltung einzunehmen.“

Der Brünnener czechisch-katholische „Den“ veröffentlicht die folgende Mitteilung:

Die Abgeordneten der czechischen katholischen nationalen und der czechischen christlich-sozialen Parteien haben in ihrer letzten Sitzung in Brünn den Bericht des Obmannes, Reichsrats-Abgeordneter Dr. Moriz Hruban, zur Kenntnis genommen und durch einhelligen Beschluß die Zustimmung des Klubs zur Einberufung des Reichsrates und der Delegationen genehmigt. Der Klub setzt voraus, daß genügende Garantien geboten werden, damit die Tätigkeit des Reichsrates den großen Aufgaben der Zeit entspräche. Reichsrats-Abgeordneter Dr. Hruban und Landesauschussbeisitzer Professor Stramel haben den Ministerpräsidenten Grafen Stürgkh von diesem Standpunkte des Klubs in Kenntnis gesetzt.

Polenklub.

Die nächste Vollsitzung des reichsrätlichen Polenklubs findet am 17. d. um 11 Uhr vormittags in Wien im Gebäude der niederösterreichischen Handels- und Gewerbekammer mit nachstehender Tagesordnung statt: Bericht über die Tätigkeit der wirtschaftlichen Kommissionen für städtische und industrielle, sowie landwirtschaftliche Angelegenheiten; Referat über die beim Wiederaufbau des Landes erzielten Fortschritte; Referat über Approvisionierungsangelegenheiten. Die Sitzung der wirtschaftlichen Kommission für städtische und industrielle Angelegenheiten findet am 16. d. um 4 Uhr nachmittags in Wien im Bureau des Klubobmannes statt.